

14. Mai 2010



Ein Jahr gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg

„Wir haben die besseren Argumente auf unserer Seite“, so Manfred Heuer, frisch gewählter Vorstandsvorsitzender auf der Gründungsversammlung. Weiter führt er aus, „Die eigentliche Arbeit beginnt jetzt.“ und somit war es vorprogrammiert, dass am 22. Mai die erste öffentliche Willensbekundung der BI gegenüber Herrn Ministerpräsidenten Prof. Böhmer anlässlich der Tafelrunde der CDU in Büttnershof organisiert wurde. Damals spöttelte CDU Landtagsabgeordneter Nico Schulz, dass Bürgerinitiativen nicht immer die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben. Dies widerlegte die BI ganz schnell am Beispiel der Einheitsgemeinde Havelberg. Auch in Hohenberg-Krusemark

und anderen Gemeinden organisierte sich der Bürgerwille. „Wir möchten mit unseren Argumenten gehört werden...“, dieses Anliegen, Bestandteil des demokratischen Zusammenlebens, forderten sie auch gegen den Widerstand der CDU- und der FDP- Führung im Landkreis nach und nach ein.

„Wirtschaftsförderung“ um jeden Preis, so sieht der Landrat (CDU) seine Aufgabe, das ist seiner jüngsten Äußerung nach Bekanntwerden eines Protokolls des Landesverwaltungsamtes vom 31. März 2008 zu entnehmen: „Ich habe mich nur im Sinn der Wirtschaftsförderung geäußert“, so seine Darstellung. Zu Gesundheit, Natur- und Umweltschutz sowie andere, die

Menschen berührenden Fragen werden keine Positionen bezogen! Warum?

Die irreführende Hoffnung nach Wirtschaftswachstum lässt alles in den Hintergrund treten. So auch in der Stellungnahme des Landkreises zum LEP (Kraftwerk, Elbeausbau).

Den Manipulationen der Politik und Verwaltung Rechnung tragend, glichen die Mitglieder der BI am 04.03.2010 in Tangermünde die Satzung den Erfordernissen an und wählten einen neuen Vorstand.



14. Mai 2009 — Büttnershof
Gründungsversammlung
Foto: Anja Heinze



22. Mai 2009 — Büttnershof
friedliche Willensbekundung
Foto: Anja Heinze

Termine:

- ◆ 22. Mai 2010
Tag der Biodiversität
- ◆ 12./13 Juni 2010
3. Elbe-Kirchentag in Hitzacker
- ◆ 19. Juni 2010
Buga-Lauf
Havelberg—Brandenburg
Start: 7,30 Uhr am Domplatz in Havelberg

Widerstand der Bevölkerung

Fröhliche Kinder- stolz auf ihr selbst gefertigtes Transparent.

Dabei täuschen die bunten Farben und das muntere Lachen nicht über die Bedrohung durch ein Steinkohlekraftwerk bei Arneburg hinweg. Diese Kinder haben die kindliche Spontantität noch nicht verloren.

Aus Sorge um die Zukunft der Kinder und nachfolgender Generationen fordern viele Eltern ein Umdenken in Politik und Gesellschaft, einen respektvollen Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Der Einsatz für eine saubere und gesunde Umwelt, für den Erhalt unserer Heimat wächst.



Juli 2009 — Kamern
Für die Zukunft unserer Kinder
Foto: Stefanie Wischer

Zeichen des Widerstandes



2010 in Wulkau
Foto: Wilfried Padelt

Zum Pfingstmontag-Nachmittag 2009 lud die BI nach Klein Ellingen zu einer öffentlichen Aktion ein.

Etwa 120 Interessierte folgten der Einladung, um einem symbolischen Akt ihres Widerstandes gegen die Ansiedlung eines Kohlekraftwerkes bei Arneburg beizuwohnen. Als Zeichen des Widerstandes wurde ein großes rotes Kreuz, dem Andreaskreuz ähnlich, symbolisch aufgestellt. In einer kurzen Ansprache erinnerte Pfarrer Jörg Drafehnh daran, dass wir nur ein Leben und nur

eine Umwelt haben und Beides zu bewahren gilt.

„Jeder einzelne trägt Verantwortung für unsere Erde“ so seine Worte. Das rote Kreuz, das zuerst westlich der Elbe Einzug hielt, verbreitete sich schnell auch östlich und ist jetzt in jedem Ort des Landkreises Ausdruck des Widerstandes. Das Kreuz überschritt sogar die Landesgrenze nach Brandenburg. Auch von dort bekam die BI nun tatkräftig Unterstützung. Als stummer Mahner ist das Kreuz Zeichen eines Protestes gegen eine längst überholte Energiepo-

litik geworden und gegen die Politiker, die RWE eingeladen haben, bei Arneburg dieses Monsterkraftwerk zu bauen. Die Meinung der Bevölkerung war nicht gefragt. Lange gaben sich die Verantwortlichen zugeknöpft, wollten kaum etwas preisgeben von den Plänen, „zum Schutze des Investors“, wie Arneburgs Bürgermeister dazu ausführte. Auf diese undemokratische Weise sollte verhindert werden, dass sich beidseitig der Elbe Widerstand formiert.

Stellen auch Sie ein rotes Kreuz auf! Unterstützen Sie die BI!

Leserbrief- Bestandteil öffentlicher Meinung

Proteste sind eine Chance!

Hat der Protest gegen das Steinkohlekraftwerk denn überhaupt eine Chance? In den Gesprächen mit Mitbürgern bekomme ich oft zu hören „das ist doch alles nur ein Zwergenaufstand und bewirkt nichts!“ Dem ist entschieden zu widersprechen, nur ist es eben wichtig, dass der Protest artikuliert wird und auch den Konzern erreicht. Und es ist erfreulich zu hören, dass ein Konkurrenzkonzept durch Bürgerprotest einen Dausstopp in Datteln hinnehmen muss. Auch dort wurde ohne Rücksichtnahme auf Wohngebiet, Luft- und Lärmimmissionen einfach losgelegt. Das Oberverwaltungsgericht hat der Kommune vorgeworfen, in unzulänglicher Weise Konfliktlösungen in nachfolgende Genehmigungsverfahren verlagert zu haben. Genau

zern durch Bürgerprotest einen Baustopp in Datteln hinnehmen muss. Auch dort wurde ohne Rücksichtnahme auf Wohngebiet, alternative Energiegewinnung, Störfallkonflikte, Interessen des Natur- und Landschaftsschutzes, Luft- und Lärmimmissionen einfach losgelegt. Das Oberverwaltungsgericht hat der Kommune vorgeworfen, in unzulänglicher Weise Konfliktlösungen in nachfolgende Genehmigungsverfahren verlagert zu haben. Genau

das spielt sich in Arneburg auch ab! Übrigens: Die Reise der Bürgermeister nach Hamm endete kurz vor Datteln, aber das hat nicht „ins Bild gepasst“. Es sind nur noch ein paar Tage bis zum Ende der Einspruchsfrist gegen den Arneburger Entwurf zum Flächennutzungsplan — Herr Bürgermeister Riedinger freut sich über jeden Brief seiner mündigen Bürger.
Rudolf Hoffmann, Havelberg
Volksstimme 14.09.2009

Proteste sind eine Chance!

Hat der Protest gegen das Steinkohlekraftwerk denn überhaupt eine Chance? In den Gesprächen mit Mitbürgern bekomme ich oft zu hören „das ist doch alles nur ein Zwergenaufstand und bewirkt nichts!“ Dem ist entschieden zu widersprechen, nur ist es eben wichtig, dass der Protest artikuliert wird und auch den Konzern erreicht. Und es ist erfreulich zu hören, dass ein Konkurrenzkonzept durch Bürgerprotest einen Dausstopp in Datteln hinnehmen muss. Auch dort wurde ohne Rücksichtnahme auf Wohngebiet, alternative Energiegewinnung, Störfallkonflikte, Interessen des Natur- und Landschaftsschutzes, Luft- und

Lärmimmissionen einfach losgelegt. Das Oberverwaltungsgericht hat der Kommune vorgeworfen, in unzulänglicher Weise Konfliktlösungen in nachfolgende Genehmigungsverfahren verlagert zu haben. Genau das spielt sich in Arneburg auch ab! Übrigens: Die Reise der Bürgermeister nach Hamm endete kurz vor Datteln, aber das hat nicht „ins Bild gepasst“. Es sind nur noch ein paar Tage bis zum Ende der Einspruchsfrist gegen den Arneburger Entwurf zum Flächennutzungsplan — Herr Bürgermeister Riedinger freut sich über jeden Brief seiner mündigen Bürger!
Rudolf Hoffmann, Havelberg

Klares Votum gegen Steinkohlekraftwerk

27. September 2009 Bundestagswahl und Bürgerbefragung in der Hansestadt Havelberg

Es waren 6186 Wahlberechtigte aufgerufen, sich an der formlosen Bürgerbefragung zum geplanten Bau eines Steinkohlekraftwerkes zu beteiligen. Fast jeder, der in der Einheitsgemeinde zur Bundestagswahl ging,

stimmte zur Bürgerbefragung ab. Die Wahlbeteiligung lag bei 52%.
Resultat: 83% der abgegebenen Stimmen richteten sich gegen das Kraftwerk!
83%, die Achtungszeichen setzen!

Auch wenn RWE und die Politik den Ball flach halten, kommen sie nicht daran vorbei, den Bür-

gerwillen zu respektieren. „Wir würden weitaus mehr verlieren, als gewinnen“ - diese Erkenntnis im Sinn von Gesundheits-, Natur- und Umweltschutz hat sich in Havelberg durchgesetzt.

Ein Auftrag für die Havelberger Kommunalpolitiker diesen Bürgerwillen überzeugend umzusetzen!

Sind Sie für oder gegen die Errichtung eines Steinkohlekraftwerkes im Industrie- und Gewerbepark Arneburg?

dafür

dagegen

Flächennutzungsplan (FNP) gekippt

Rathaussaal Arneburg
27.10.2009 um 19:05 Uhr

Über 150 Kraftwerksgegner nutzten die Einwohnerfragestunde und stellten dem Planer Wolfram Wallraf zahlreiche Fragen zum FNP der Stadt Arneburg einschließlich dem Gewerbegebiet (IGPA). Als Bürgermeister Lothar Riedinger die Fragestunde beendete und zur Tagesordnung übergang, stellte die Stadträtin Anke Kobelt (Die Linke) den Antrag, den Tagesordnungspunkt 10 (Abwägung

der Stellungnahme zum Vorentwurf der Stellungnahme zum Vorentwurf des FNP) und den Tagesordnungspunkt 11 (Billigung des Entwurfes des FNP) vorzuziehen und abzusetzen. Fünf Minuten nach sieben Uhr dann Jubelstimmung, mit 6:5 Stimmen wurde ihrem Antrag stattgegeben.

Welch eine Freude!

Auch wenn wir wussten, dass der Bau eines Steinkohlekraftwerkes damit noch nicht vom Tisch ist, so war es doch ein Achtungserfolg, der sich sehen lassen konnte.

Vorausgegangen waren über 1 500 Einwände gegen den Vorentwurf des FNP durch Bürger, Verbände und Kommunen. Die BI leistete zuvor umfangreiche Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung und verhinderte somit vorerst die angestrebten planungsrechtlichen Grundlagen für den Bau eines Steinkohlekraftwerkes.



Normenkontrollklage 4. Bebauungsplan

Eine Stadt oder eine Gemeinde kann mit einem Bebauungsplan festlegen, zu welchem Zweck Grundstücke benutzt werden dürfen. Das bezieht sich nicht nur auf die Bebauung selbst, sondern auch auf freie Flächen. Auf Gemeinde- oder Stadtratssitzungen werden B-Pläne regelmäßig bekanntgegeben. Von vielen wird der Begriff „B-Plan“ überlesen bzw. kein Gedanke daran verschwendet.

Anders: „...Die Verbandsgemeinde Elb-Havel-Land hat für die

meinden Kamern, Klietz, Schollesne und Wust-Fischbeck bei dem OVG des Landes Sachsen-Anhalt in Magdeburg durch die RA-Kanzlei Baumann Rechtsanwälte einen Antrag auf Normenkontrolle gestellt, um die 4. Änderung des B-Plans „Industrie- und Gewerbepark Altmark“ gerichtlich überprüfen und für unwirksam erklären zu lassen. ...“ ; „... Der B-Plan „IGPA“ und insbesondere die 4. Änderung eben nach Auffassung der klagenden Gemein-

den – verdeckt - den Weg zum Bau eines Steinkohlekraftwerkes durch die RWE AG. Die rechtlichen Angriffe richten sich nicht nur gegen die konkrete Änderung des Bebauungsplans, sondern zielen auch darauf ab, die rechtlichen Voraussetzungen für das Bestehen des Planungsverbandes sowie den Umfang seiner hoheitlichen Befugnisse zu klären. ...“

Quelle: aus Presseerklärung des Rechtsanwaltes Baumann vom 04.10.2009

Kein Steinkohlekraftwerk an der Elbe!

Bürger wehrt euch!

Die Auswirkungen zerstören die Landschaft. Flora, Fauna und die Menschen werden Schaden nehmen !

Landesentwicklungsplan in der Kritik

Der Landesentwicklungsplan wird als Festlegung zur Raumordnung auf Landesebene bezeichnet. Er ist das wichtigste Element der Landesplanung. Er ist eine Mischung aus konkretisierten Zielsetzungen, raumbezogenen Planfestlegungen und allgemeinen Richtlinien für die weiteren Planungen des Landes aber auch für die Regionen und Gemeinden.

Der 2. Entwurf des LEP Sachsen-Anhalt weist deutliche Züge einer im Vordergrund stehenden „Wirtschaftsförderung“ auf, die die Sicherung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen, einschließlich dem Schutz der Trinkwasservorkommen, den Natur- und Landschaftsschutz, die Land- und Forstwirtschaft, die Tourismusentwicklung in der Altmark und im Elb-Havel-

Winkel sowie die Förderung der erneuerbaren Energien nicht ausreichend berücksichtigt. Dagegen haben zahlreiche Bürger und Verbände Einwendungen erhoben.

Nutzen Sie weiter Ihr Recht auf demokratische Mitbestimmung und Einflussnahme!

Jetzt müssen die Landespolitiker in die Verantwortung genommen werden !

Was bringt der neue LEP?

- ◆ Die Genehmigung für Kohlekraftwerke soll vereinfacht werden
- ◆ Die Elbe soll ganzjährig wirtschaftlich verlässlich schiffbar gemacht werden
- ◆ Atomkraftwerke werden nicht mehr, wie im LEP 1999, ausgeschlossen
- ◆ CO2 soll in den Untergrund verpresst werden

Bürgerinitiative gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg e.V

Bürgerinitiative gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg e.V.
Postfach: 1121
39532 Havelberg

E-Mail: vorstand@gegenkohle.de

Sie finden uns auch im web:
www.gegenkohle.de

Der Vorstand

Herr Prof. Dr. Jürgen Rochlitz	Vorsitzender
Herr Prof. Dr. Winfried Schülke	1. stellv. Vorsitzender
Herr Wilfried Padelt	2. stellv. Vorsitzender
Herr Andreas Fallant	Schatzmeister
Frau Ans Briesenick	Organisationsleiterin
Herr Jürgen Przybyla	Obmann für Öffentlichkeitsarbeit
Frau Ingrid Nakelski	Schriftführerin
Herr Winfried Burghardt	Beisitzer

Spendenaufruf

Seit dem 14. Mai 2009 haben wir mit Erfolg verschiedene Aktivitäten gegen den riesigen Stromkonzern RWE und seine Helfershelfer aufgenommen — die Tagespresse berichtete. Es bedeutete unkonventionelle Wege zu gehen, ohne finanzielle Zuwendungen von staatlichen Institutionen auskommen zu müssen und unsere sehr kostenintensive Arbeit effektiv zu gestalten. So sind wir dringend auf Spenden angewiesen und freuen uns über Zuwendungen, ganz gleich in welcher Höhe, um unser Ziel, eine saubere und naturbelassene Region zu bewahren, zu erreichen. Spenden auch Sie auf unser Konto:

Bürgerinitiative gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg e.V.

Kreissparkasse Stendal , Kto-Nr. 3000 10 79 74, BLZ 81050555.

Kreistag: Mehrheit gegen die Steinkohle

„Die knappste Ressource ist nicht das Öl, nicht die Kohle, nicht das Gas und nicht das Uran; Es ist die Zeit, die wir noch haben, um unsere Verhaltensweisen den Anforderungen und Grenzen unserer Umwelt anzupassen“

*Russel Train,
Umweltperte*



2010 — Wulkau
Foto: Wilfried Padelt

Der Kreistag Stendal hat sich vor wenigen Tagen mehrheitlich gegen den Bau eines Steinkohlekraftwerkes in Arneburg ausgesprochen und damit ein wichtiges politisches Signal gesetzt.

Wir als Bürgerinitiative gegen das Steinkohlekraftwerk begrüßen diese Entscheidung. Sie steht für die globale CO₂-Reduzierung angesichts des Klimawandels und der Ressourcenschonung, eine Entscheidung: zum Schutz von Gesundheit der Bürger, für den Erhalt einer lebenswerten und intakten Umwelt, den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, sowie der

Förderung des sanften Tourismus in der Altmarkregion.

Wir sind davon überzeugt, dass hier eine Entscheidung getroffen wurde, die den Interessen einer großen Mehrheit der Einwohner entspricht.

Unsere Bürgerinitiative ist aber angetreten, nicht vor allem gegen etwas zu sein, sondern sie will sich vor allem dafür einsetzen, dass es in der Altmark voran geht, dass es zu einem wirtschaftlichen Aufschwung kommt und dass Arbeitsplätze neu entstehen und die Wertschöpfung vor Ort verbleibt. Dafür haben wir gute Voraussetzungen.

Wir haben eine herrliche Landschaft und eine einzigartige Natur, die zunehmend Touristen anlockt.

Nur müssen wir dafür sorgen, dass das Reizvolle und Unverwechselbare unserer Region nicht verloren geht im Strudel mannigfaltiger Inanspruchnahmen und Beeinträchtigungen. Abzulehnen ist deshalb auch der Elbeausbau. Auch im Energiesektor gibt es gute Entwicklungsmöglichkeiten. Darum weg von den fossilen zu erneuerbaren Energieträgern !!

*Aus Redebeitrag der BI
zur Altmarkkonferenz
3. Mai 2010 in Gardelegen*